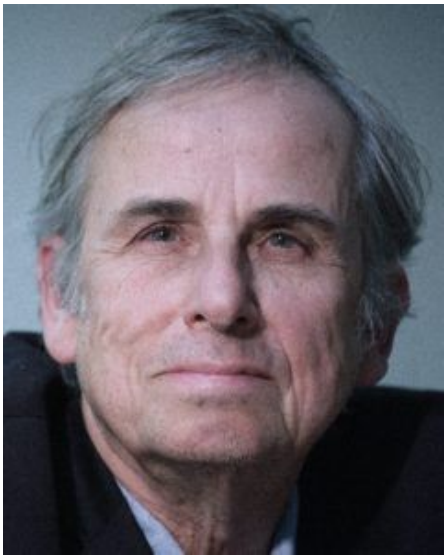
Die Verfassung ist kein Gästebuch

Category: Blog
geschrieben von Alain Pichard | 1. September 2026



Die Lehrer- und Lehrerinnenorganisation des Kantons Bern möchte – völlig ernsthaft– die Bildungsqualität in die kantonale Verfassung verankern. Wie das funktionieren soll, darüber streiten sich derzeit viele Bildungsexperten. Die Befürworter posaunen die üblichen Platitüden: «Bildung ist unser einziger Rohstoff» und «Investieren wir in die Zukunft unserer Jugend». Ein ganz sinniger Spruch entglitt der BiBe-Funktionärin Anna-Katharina Zenger: «Bildung ist ein Grundrecht. Deshalb gehört sie in die Verfassung». Dieser besonders sinnige Spruch übersieht, dass die Bildung in unserer Kantonsverfassung bereits verankert ist. Der Initiativtext selbst ist etwas konkreter. Er will – ebenfalls ein Evergreen der Bildungsdebatte – genügend Ressourcen und genügend gut ausgebildete Lehrkräfte.



Alain Pichard, ehem. Stadt- und Grossrat der GLP, Lehrer und Publizist: Immer mehr Geld in das System pumpen.

Diese Verfassungsänderung könnte natürlich auch weitere Lobbyverbände auf die Bühne rufen. Sicherheit ist ein Grundrecht, deshalb gehört es in die Verfassung. Und darum brauchen wir genügend Ressourcen und gut ausgebildete Polizisten. Oder: Gesundheit ist ein Grundrecht, deshalb gehört sie in die Verfassung

Die Forderung nach mehr Ressourcen gehört zur DNA der Lobbyorganisation. Nach gescheiterten Reformen stimmen diese jeweils das Lied der mangelnden Ressourcen an. Das geht z. B. so: Die integrative Schule wäre schon gut, er scheitert aber an den mangelnden Ressourcen. Die Bildungsinitiative verfolgt genau dieses Narrativ, einen klassischen Inputansatz.

Diese Argumentation hat ihren Zweck durchaus nicht verfehlt. Sie schützt einerseits die Reformen vor dem Abbruch oder gewissen Korrekturen und treibt andererseits die Kostenspirale in einsame Höhen. Das Berner Kantonsparlament musste in der Frühlingssession sage und schreibe 133 Millionen Franken an Nachkrediten für den völlig ausser Rand und Band geratenen integrativen Unterricht bewilligen. In den letzten 10 Jahren sind die Bildungsausgaben um 30% gestiegen und setzten sich an die erste Stelle der Ausgabenposten in unserem kantonalen Budget.

Dass mehr Geld unsere Bildung nicht unbedingt besser macht, zeigt meine

Heimatstadt Basel, die einen ähnlichen Artikel schon 2018 eingeführt hat. Dort war allerdings nicht von Qualität, sondern von Förderung die Rede. Die Ausgaben pro Schüler, pro Jahr betragen in der Rheinstadt sagenhafte 27’000 Fr. (Vergleich Kanton Bern: 17’000 Fr.). Mit dieser Geldmenge schaffen es die Basler, in allen Vergleichstesten die mit Abstand schlechtesten Leistungen unseres Landes zu erzielen.

Wie aber steht es mit dem zweiten Anliegen, mit dem uns die Führung von Bildung Bern beglücken will, der künftigen Behebung des Lehrermangels?

Niemand möchte ungenügend oder nicht ausgebildete Personen unsere Kinder unterrichten lassen. Doch einerseits ist das Wechselspiel von Lehrkräftemangel und Lehrkräfteüberfluss so alt wie die Schule selbst. Und andererseits schuf man mit der Einführung des Lehrplans 21 und der damit verbundenen Erhöhung der Lektionenzahl schlagartig eine massiv höhere Nachfrage an Personal. Ob dieses Mehr an Lektionen auch pädagogisch sinnvoll ist, darf in Frage gestellt werden. Mein Grosskind bewältigt als Drittklässlerin ein Pensum von 28 Lektionen. Das helle und aktive Kind hat nur noch den Mittwochnachmittag frei und kommt am Freitagnachmittag ziemlich erschöpft nach Hause.

> *Die Bildungsinitiative gaukelt der Öffentlichkeit vor, die Behörden könnten die Verfügbarkeit von Lehrkräften mehr oder weniger modellieren. Das ist natürlich ein Blödsinn.*

Und noch zwei Zahlenverhältnisse: Vor 10 Jahren unterrichteten 12’000 Lehrkräfte 108’000 Kinder und Jugendliche. Heute ist die Schülerzahl auf 118’000 gestiegen, die allerdings von 17’000 Lehrpersonen unterrichtet werden. Der Beschäftigungsgrad auf der Berner Volksschule beträgt 63%.

Die Bildungsinitiative gaukelt der Öffentlichkeit vor, die Behörden könnten die Verfügbarkeit von Lehrkräften mehr oder weniger modellieren. Das ist natürlich ein Blödsinn. Die Einflussfaktoren sind derart vielfältig und oft kaum planbar (Ukrainekrieg) und werden nicht nur von der demographischen Entwicklung gesteuert.



Bildung Bern ist ein Lobbyverband und die Initative setzt ausschliesslich auf den Input

Und können Sie mir, liebe Leserinnen und Leser verraten, was eigentlich eine gute Bildungsqualität ist? Für mich als Lehrer bedeutete dies immer: Eine Schule ist dann gut, wenn die Kinder in ihr etwas lernen, und sie ist nicht gut, wenn sie es nicht tun. Aber wie misst man das? Die Frage hat nämlich eine Mehrheit von Ihnen schon einmal beantwortet. 2008 wurde im Rahmen von Harmos beschlossen, die Lehrpläne zu vereinheitlichen und sie auf Kompetenzen umzustellen. Die EDK versprach uns fortan eine evidenzbasierte Bildungspolitik. Sie formulierte Standards in den Grundkompetenzen Rechnen, Lesen und Schreiben, in den Fremdsprachen und im naturwissenschaftlichen Bereich. Und sie beschloss, das Erreichen dieser Grundkompetenzen alle zwei Jahre zu überprüfen.

> *Die Bildungsqualität verbessern? Bitte sehr, die EDK müsste die nötigen Schlüsse ziehen und endlich die nötigen Korrekturen an den Reformen vornehmen.*

Interessant ist nun, dass bei diesen Vergleichstesten herauskam, dass die Leistungen seit 2012 sinken. Trotz Kompetenzorientierung, trotz massiv höherer Bildungsausgaben, trotz Digitalisierung, trotz überfachlichen Kompetenzen, trotz der Einführung der integrativen Schule. Vom Frühfranzösisch will ich hier gar nicht reden. Wenn 25% unserer Schüler nach neun Schuljahren nicht richtig lesen und schreiben können, erodiert ein Fundament unserer Schule.

Die Bildungsqualität verbessern? Bitte sehr, die EDK müsste die nötigen Schlüsse ziehen und endlich die nötigen Korrekturen an den Reformen vornehmen.

Unbestimmte Ziele wie „Bildungsqualität“ nun in die Verfassung aufzunehmen ist unsinnig, weil der Begriff politisch auslegungsbedürftig ist und Entscheidungen über Ressourcen und Prioritäten zunehmend von Parlament und Stimmbevölkerung zu den Gerichten verlagert. Bildungspolitik sollte in erster Linie Gegenstand des demokratischen Diskurses bleiben und nicht verfassungsrechtlich vorentschieden werden. Die hier vorliegende Bildungsinitiative ist ein Lobbymachwerk vom gröbsten und wird kein einziges Problem unserer Schule lösen. Das Grundlagendokument unseres Staates sollte nicht zu einem Gästebuch werden, in dem sich Minderheiten oder Lobbygruppen zu verewigen trachten.